

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckamt
Tagesblatt Rieser,
Fremd Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen bestmöglicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52
Dresden 1880.
Strotzoff:
Rieser Nr. 52.

Nr. 189.

Sonnabend, 15. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; je Zeile 50 Gold-Pfennige; je Zeile 50 Gold-Pfennige; je Zeile 50 Gold-Pfennige. Feste Tarife: Besondere Abmachung, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage: „Der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Der französische Besuch in Berlin verschoben.

Einigung über die Verlängerung der kurzfristigen Kredite.

Problematik des französischen Staatsbesuchs.

Wir haben uns an dem hitzigen Streit nicht beteiligt, der in den letzten Tagen in der deutschen Presse über die Frage geführt wurde, ob es vorteilhafter wäre, wenn die französischen Staatsmänner Briand und Laval vor der Septembertagung des Völkerbundes nach Berlin kämen oder erst nach ihr, etwa im Oktober d. J. Für uns erschien die ganze Frage müßig, da das deutsche Prestige in diesem Falle nicht zur Frage stand, wohl aber die Zweckmäßigkeit der Frage, ob der französische Ministerbesuch diplomatisch gut vorbereitet und die Vorverhandlungen so weit gediehen sind, daß mit einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis der hochpolitischen Berliner Besprechungen gerechnet werden kann.

Wer geschichtlich und politisch zu denken vermag, also rückwärts blickend, vorwärts zu schauen vermag, ist sich der ungeheuren Schwierigkeiten voll bewußt, die einer deutsch-französischen Verständigung entgegenstehen. Mit theoretischen Erwägungen kommt man nicht voran, denn die politischen, militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gegensätze liegen so nahe im Raume beisammen und wirken sich so elementar aus, daß die verantwortlichen Staatsmänner in Deutschland und Frankreich um sie nicht mehr länger wie die Raben um den heißen Brei herumgehen können.

Die finanziellen Fragen sind die vordringlichsten, nicht die wirtschaftlichen. Auf wirtschaftlichem Gebiete vermöchten wir mit Frankreich nach allerdings schwierigen Vorverhandlungen einen für beide Teile vorteilhaften Handelsvertrag abzuschließen, zahlreiche Kartelle und Syndikate überschritten beiderseits den Rhein und schlossen deutsch-französische Interessengemeinschaften und gelangten auf weiten Gebieten darüber hinaus zu internationalen Verhandlungen. Auf dem so wichtigen finanzpolitischen Gebiete aber hält Frankreich mit verbissener Zähigkeit an den Forderungen fest, die es glaubt, auf Grund des Versalles Friedensvertrages stellen zu können. Dennoch mußte es auch hier Schritt für Schritt zurückweichen. Nach dem Finanzminister Kloss mußte Deutschland alles bezahlen! Das Londoner Ultimatum setzte dann die deutschen Kriegsschadensforderungen auf 132 Milliarden fest. Ueber dem Damesplan kam man dann zum Hounplan mit seinen 84,5 Milliarden Goldmark für Kriegsschadensforderungen. Aber auch der Hounplan brach zusammen und in den Vereinigten Staaten glaubt, wie uns der Washingtoner Korrespondent der Londoner „Times“ dieser Tage berichtet, kein Finanzmann und kein Politiker mehr, daß er in seiner jetzigen Form wieder aufzuerstehen kann.

Die deutsche Forderung auf finanzpolitischem Gebiete ist der französische Schurzdruck entgegengelegt. Erfreulicherweise sieht sich jetzt auch international die Erkenntnis durch, daß auf dem Wege kurzfristiger Kredite weder die deutsche Wirtschaft aufgebaut werden kann, die bekanntlich die Reparationsforderungen legen soll noch die Reichsfinanzen gesunden können. An die Gewährung langfristiger Kredite knüpfen die Franzosen aber bisher politische Bedingungen. Diese sind von Dr. Brüning in Paris und London abgelehnt worden. Wird die deutsche Reichsregierung in den Berliner Verhandlungen auf ihrem Standpunkte verharren? Der französische Ministerpräsident Laval war am politischen Himmel Frankreichs noch vor wenigen Monaten ein Stern neunter Größe. Er ist plötzlich auf der Londoner Siebenmächtekonferenz in den Ruf einer Persönlichkeit von internationaler Größe gelangt, aber nicht dadurch, daß er irgend eine schöpferische Tat vollbracht hätte, sondern lediglich deshalb, weil er an der Pariser These, Deutschland ohne politische Bedingungen keinen langfristigen Kredit zu gewähren, hartnäckig festhielt.

Die Frage drängt sich auf, ob Laval, der sich in der französischen Kammer nur auf eine brüchige Mehrheit zu stützen vermag, der Mann ist, der in Berlin und entgegenkommen kann? In Frankreich gilt Laval vielfach als der Stachel der Fardieu, den man nicht unangenehm als den Nachfolger Fardieus charakterisiert. Mit Fardieu wären vielleicht die Verhandlungen aussichtsreicher, aber wir müssen unter den gegebenen Verhältnissen mit Laval und Briand rechnen. Nun gibt es politische Garantien, die, falls sie verlangt werden, nicht gegeben werden können. Es läßt sich aber ein diplomatisches Uebereinkommen denken, das wertvoller erscheint, als erpresste Garantien und vor allen Dingen die Eigenschaft hat, international beruhigend und kreditfördernd zu wirken. Wir denken hierbei an den in letzter Zeit vielfach erörterten Plan eines politischen Moratoriums.

Der Gedanke tauchte zum ersten Male während der Londoner Verhandlungen im Anschluß an die Reise des deutschen Reichskanzlers nach Paris auf. Er ist jetzt erneut durch den Berliner Vertreter des Pariser „Journal“ zur öffentlichen Erörterung gestellt worden. Wie wir hören, spielt er in der Tat in den deutsch-französischen Vorverhandlungen eine hervorragende Rolle.

Laval telephonierte mit Brüning

Paris, 15. August.

Ministerpräsident Laval hat sich Freitagabend telephonisch mit Reichskanzler Dr. Brüning in Verbindung gesetzt. Er hat ihm nochmals sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, wie zuvor dem deutschen Botschafter von Hoersch, sich wegen des Gesundheitszustandes des Außenministers Briand nicht zum ursprünglich vorgesehenen Datum nach Berlin begeben zu können. Er hat hinzugefügt, daß er nach wie vor lehn-süchtig den Wunsch habe, die in Paris im vorigen Monat eingeleiteten Besprechungen sobald wie möglich wieder aufzunehmen.

Der telephonische Anruf des französischen Ministerpräsidenten beim Kanzler hat seinen Grund nach Auffassung politischer Kreise wohl in dem Bedürfnis des Ministerpräsidenten Laval, auch vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß die Verschiebung der Berliner Reise nichts mit irgendwelchen politischen Gründen zu tun habe. Ein solches Telefongespräch zwischen den beiden Chefs der französischen und der deutschen Regierung ist immerhin keine alltägliche Angelegenheit. Es dürfte vielmehr das erste Mal gewesen sein, daß zwischen ihnen diese zwanglose und im Vergleich zum sonstigen diplomatischen Verkehr vertrauere Form der Verständigung angewandt wurde. Das Gespräch hat nach französischen Darstellungen etwa zwanzig Minuten gedauert. Auch daraus ergibt sich, daß es völlig abwegig wäre, hinter der Verschiebung des Besuchs andere Gründe zu suchen, als den in Frankreich und in Deutschland gleichermaßen bedauerten Gesundheitszustand Briands. Jedenfalls hat man in Berliner politischen Kreisen durchaus verstanden, was der französische Ministerpräsident mit diesem Anruf zum Ausdruck bringen wollte, und hat die freundliche Seite mit Genug-tuung begrüßt.

Paris. Ministerpräsident Laval hat das folgende mit dem deutschen Botschafter von Hoersch vereinbarte Communiqué der Presse übergeben:

Man weiß, daß Ministerpräsident Laval gestern den Besuch des deutschen Botschafters von Hoersch empfangen hat, der ihm sowohl wie Außenminister Briand im Auftrag der deutschen Regierung offiziell eingeladen hatte, nach Berlin zu kommen. Das für die Reise vorgeschlagene Datum war der 26. und 27. August. Ministerpräsident Laval, der Herrn von Hoersch für die Einladung dankte und sie annahm, hatte ihm gesagt, daß er, soweit es das Datum angehe, keine endgültige Entscheidung treffen könne, weil Außenminister Briand gegenwärtig nicht in Paris sei. Der Ministerpräsident hat heute nachmittags von neuem Herrn von Hoersch empfangen. Er hat ihm mitgeteilt, daß die Kerze Professor Baugues und Dr. Marx, die beauftragt worden waren, sich über den Gesundheitszustand des Außenministers Briand auszusprechen, zwar mit der lebhaftesten Befriedigung die Fortschritte feststellten, die jeder Tag zur vollständigen Wiederherstellung des Außenministers bringe.

Wie aus Paris verlautet, wird der geplante französische Ministerbesuch wegen des noch nicht hinreichend geklärteten Gesundheitszustandes von Briand nicht, wie gestern vor-

gesehen war, bereits in diesem Monat stattfinden, sondern erst im September. Eine amtliche Verlautbarung darüber ist im Laufe des heutigen Abends aus Paris zu erwarten.

Der Eindruck der Verschiebung in Berlin.

Berlin. Die Verschiebung des französischen Besuchs in Berlin auf einen späteren Zeitpunkt wird in Berlin — insbesondere nachdem Laval in seinem Telefongespräch mit Brüning eingehende Aufklärungen gegeben hat — sehr ruhig aufgenommen. Die Verschlechterung im Befinden Briands, die Anlaß zu der Verschiebung gegeben hat, wird auf das lebhafteste bedauert. Im übrigen weiß man darauf hin, daß die Angelegenheit im wesentlichen eine Terminfrage sei und daß jedenfalls die Bedeutung der Fragen, die zwischen Deutschland und Frankreich zur Aussprache stehen, durch die Verschiebung des Besuchs nicht berührt würden. Es sei nicht zu bezweifeln, daß eine deutsch-französische Aussprache in absehbarer Zeit wünschenswert bleibe. Deutschland würde durch die Verschiebung kaum viel verlieren, da die internationale Erörterung für Deutschland interessierender Fragen bis zu der nunmehr erst später stattfindenden deutsch-französischen Aussprache inzwischen selbstverständlich weitergehen würde. Die Verzögerung der deutsch-französischen Aussprache besonders angehenden Fragen würde inzwischen eben auf dem üblichen diplomatischen Wege und natürlich auch in Genf erfolgen.

Zur Vertagung des französischen Ministerbesuchs.

Paris. Obgleich sich die französischen amtlichen Äußerungen vom Tage der Ueberreichung der deutschen Einladung an auf den Gesundheitszustand des Außenministers Briand berufen und die Festlegung des Zeitpunktes der Berliner Reise davon abhängig gemacht haben, besteht in hiesigen politischen Kreisen doch der Eindruck, daß der französischen Regierung die Krankheit Briands in diesem besonderen Falle als Vorwand vielleicht nicht ganz unwillkommen war. Weiter schließt man aus der Haltung einiger Briand nahestehender Blätter, daß auch der Außenminister selbst eine Vertagung der Ministerzusammenkunft bis nach Genf wünschte. Briand habe die Zurücklegung seiner Person während der Ministerbesprechungen in Paris und London höchst bitter empfunden und wolle nicht als „Anhängsel“ Laval's nach Berlin kommen. Er rechnet vielmehr damit, daß sich ihm während der Genfer Reichstagung die Gelegenheit zu einer Festigung seines persönlichen Ansehens bieten werde, und daß er im Anschluß daran in Berlin eine seiner Vergangenheit angemessenere Rolle spielen könne. Was nun den Ministerpräsidenten Laval und seine engeren Freunde im Kabinett anbelange, so liegt die Vermutung sehr nahe, daß sie die Bedenken der Kerze aus politischen Gründen begrüßt hätten, da es ihnen auf diese Weise möglich geworden sei, die Vertagung ihres Besuchs zu begründen, ohne Deutschland durch weniger kräftige Einwendungen vor den Kopf zu stoßen. Die politischen Bemerkungen für Frankreich — mögen sie nun bei der Entscheidung eine Rolle gespielt haben oder nicht — sind in der Presse wie in der Pariser Öffentlichkeit eingehend erörtert worden.

von Deutschlands Wunsch nach einem dauernden Frieden zu überzeugen.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas führte der Kanzler auf folgende Ursachen zurück:

1. Ueberindustrialisierung der kleinen neuen Staaten.
2. Rückgang der Kaufkraft in China und Indien.
3. Uebertriebene Zolltarife in der ganzen Welt und
4. Künstliche Vertung des Flusses der Zahlungen infolge von Deutschlands Reparations-Verpflichtungen.

Wenn man die Wege zu allgemein besseren Bedingungen unternehme, dann könne man sehr häufig freilich gegen den Friedensvertrag. Den Kommunismus bezeichnete er als Deutschlands größte innere Gefahr.

Kurzfristige Kredite verlängert

Dafel, 15. August.

Die im Internationalen Stillhaltekonförium vereinigten Bankiers haben sich auf einen einheitlichen Vorschlag hinsichtlich der Bedingungen, unter denen eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite an Deutschland gebilligt werden soll, geeinigt und der deutschen Delegation davon Mitteilung gemacht. Die Verhandlungen mit den deutschen Bankierdelegierten wurden sofort aufgenommen. Ueber die einzelnen Bedingungen und zuzähligen Garantien verlautet noch nichts.

Der Reichskanzler

über die internationale Wirtschaft.

London. (Funkpruch.) „Daily Mail“ bringt aus einem Gespräch des Reichskanzlers mit dem nach Berlin entsandten Sonderkorrespondenten Ward Price folgende Äußerungen des Kanzlers: Die Nationen Europas müssen ihre Kräfte vereinen, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Er schlage dringend vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner Europas so bald als möglich zusammenkommen, um die Festlegung internationaler Preise für Güter derselben Qualität und die Ausmerzung handels-schneiderischer industrieller und kommerzieller Konkurrenz zu erörtern. Schließlich würde ich gerne internationale Besprechung zur Regulierung der hohen Zolltarife sehen und ich freue mich sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist. Ich habe bereits private Besprechungen über derartige Dinge mit den Premierministern von Großbritannien und Italien gehabt. Ich kann in diesem Zusammenhang nicht mehr sagen, bis ich eine Gelegenheit gehabt habe, dieselben Angelegenheiten mit dem französischen Premierminister zu besprechen. Von überragender Wichtigkeit ist es, daß die Nationen Europas an den Frieden für viele, viele Jahre glauben. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jedes westeuropäischen Landes Frieden braucht. Ich habe versucht, die französische Nation von der Aufrichtigkeit